

aus den Angeln gehoben und so die Schafe ohne Hirten gelassen, die Werke lahmgelegt und Angst und Beunruhigung gesät.

Ehrwürdige Brüder, liebe Söhne und Töchter! Mit der ergriffenen Bezeugung eurer Unschuld, die durch die Tränen eurer Gläubigen bekräftigt wird, vereinigt sich das Bedauern in bezug auf eine Maßnahme, die der Begründung entbehrt, mit der man sie rechtfertigen will, und die im Gegensatz zum guten Namen und zum zivilen Fortschritt der Nation steht und die die heiligen und allgemeingültigen Prinzipien der Gerechtigkeit und des Friedens verletzt.

Diese Klage über die euch und anderen zusammen mit euch zuteil gewordene ungebührliche Behandlung erhebt sich daher nicht so sehr durch Unsere Stimme als vielmehr durch die Stimme der traurigen Wirklichkeit der Dinge. Jeder objektive Beobachter kann sich davon überzeugen. Immerhin möchten Wir ob der Liebe, die Wir für jenes teure Land wie für alle Völker Afrikas hegen, noch die Hoffnung nähren und ihr schon jetzt Ausdruck verleihen, daß die sudanesischen Behörden mit ruhiger Objektivität den ganzen Fragenkomplex von neuem überprüfen möchten. Es ist ein schwacher Lichtstrahl, den der Herr, der die Demütigen tröstet, in dieser Stunde der Betrübnis in unseren Seelen aufleuchten läßt. Es ist das Vertrauen, das aus den Verheißungen desjenigen entspringt, der seine Kinder in der Stunde der Drangsal nicht allein läßt, sondern daraus den Samen künftiger Fruchtbarkeit und reichen ewigen Lohn nimmt.

Auch in der gegenwärtigen Betrübnis möge euch diese glühende Sehnsucht nicht verlassen, die zum inbrünstigen Gebete wird. Und vor allem mögen wie ein Quell lebendigen Wassers die Worte des göttlichen Meisters eure Herzen laben: *Beati, qui lugent quoniam ipsi consolabuntur . . . beati, qui persecutionem patiuntur propter iustitiam, quoniam ipsorum est regnum coelorum*“ (Text nach Fides-Agentur, 11. 3. 64).

Die Ausweisung der christlichen Missionare ist ohne außenpolitische Folgen für die sudanesishe Regierung geblieben. Der italienische Außenminister hat die italienische Botschaft lediglich angewiesen, das Bedauern der italienischen Regierung auszusprechen, obgleich die meisten der Ausgewiesenen italienische Staatsangehörige sind. Auch das amerikanische State Departement ließ sein Bedauern aussprechen (NCWC News Service, 29. 2. 64). Die deutsche Bundesregierung ließ auf eine Anfrage des Abgeordneten Hermann Biechele (CDU) im Bundestag durch Außenminister Schröder erklären, daß die Ausweisung der christlichen Missionare eine innenpolitische Maßnahme sei, auf die die Bundesregierung keinen Einfluß nehmen könne (KIPA, 7. 3. 64), doch habe sie der Botschaft des Sudans in Bonn mitgeteilt, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland diesen Aktionen nicht teilnahmslos gegenüberstehe.

Die Situation nach den Ausweisungen

Eine unmittelbare Folge der Ausweisungen ist, daß in den Südprovinzen nun kaum noch Priester tätig sind. Das Versprechen der Zentralregierung, den einheimischen Klerus zu fördern, wäre also selbst dann wertlos, wenn es ernst gemeint wäre. Indessen haben Beamte der Zentralregierung in den letzten Jahren alles mögliche unternommen, um Christen und Heiden zum Islam zu bekehren, sei es durch Versprechungen, sei es durch schikanöse Repressionen.

Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Regierung ihre Politik in dieser Hinsicht ändern würde. Nachrichten über die allgemeine Situation in den Südprovinzen fehlen fast gänzlich. Offenbar herrscht aber seit mehr als einem Jahr ein bürgerkriegsähnlicher Zustand, und die Regierung muß einen großen Teil der Armee einsetzen, um das Gebiet unter Kontrolle zu halten. Die Widerstandsbewegung verfolgt heute ausgesprochen sezessionistische Ziele. Sie wird von Flüchtlingen in den Nachbarländern unterstützt, deren Zahl auf 80 000 bis 100 000 geschätzt wird; etwa 40 000 Menschen sollen zur Zeit im Busch flüchtig sein.

Wenn auch der Widerstand der Südprovinzen gegen die Islamisierungspolitik des Nordens ohne die bisherige Tätigkeit der Mission schwer denkbar ist, so wäre es jedoch falsch, die sudanesishe Sezessionsbewegung mit einer christlichen Abwehrbewegung zu identifizieren. Sie wäre sicherlich auch entstanden, wenn der Süden heidnisch geblieben wäre. Die Sezessionsbewegung scheint vielmehr alle Merkmale einer Emanzipationsbewegung zu tragen, wie sie heute in allen Kolonialgebieten auftritt. Daß sie auch von Christen getragen und unterstützt wird, besagt wenig über ihr Wesen.

Aus verschiedenen Äußerungen ist zu entnehmen, daß die Zentralregierung heute entschlossen ist, die Bevölkerung des Südens mit allen Mitteln zu unterwerfen, auch wenn ein Teil der Bevölkerung vernichtet werden müßte. Die Ausweisung der Missionare geschah wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil man unliebsame Zeugen fernhalten wollte. Ob die Zentralregierung heute allerdings noch in der Lage ist, dieses Gebiet wirklich zu beherrschen, ist mehr als fraglich. Die Unterwerfungsaktion kann zu einem sehr langwierigen Bürgerkrieg führen, besonders dann, wenn die Nachbarstaaten die Südsudanesischen durch Waffenlieferungen unterstützen. Für diese Nachbarstaaten ist der Konflikt zwischen den arabischen Nordprovinzen und den Negerprovinzen im Süden nicht zuletzt auch eine Sicherheitsfrage, denn der Sudan könnte sehr wohl auch weitere Gebiete beanspruchen. Ein selbständiger Negerstaat im Süden des Sudans würde eine willkommene Pufferzone bilden, wobei die Frage, ob dieser Staat ökonomisch lebensfähig wäre, wohl kaum zu beantworten ist. Die Ausweisung der christlichen Missionare kann sich als ein schwerer politischer Fehler erweisen, denn die christlichen Missionare übten bisher einen mäßigen Einfluß auf die Bevölkerung aus.

Ökumenische Nachrichten

Krisenzeichen im Weltrat der Kirchen?

Mit Rücksicht auf die Zweite Session des Vatikanischen Konzils und das Schema „De Oecumenismo“, das bekanntlich vom Weltrat der Kirchen keine ausdrückliche Kenntnis nahm — was auch von einigen Konzilsvätern beanstandet wurde (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 196) —, haben wir in diesem Jahrgang besonders großen Wert darauf gelegt, das Selbstverständnis des Weltrates mit Sorgfalt und ausführlich zu dokumentieren, so auch die Botschaft von Odessa (vgl. ds. Jhg., S. 333 f.). Deshalb wurden kritische Stimmen, die aus ökumenischen Kreisen über den Weltrat der Kirchen, auch über Odessa, laut wurden, fortgelassen, denn es ist nötig, daß die Katholiken zunächst einmal die Wirklichkeit dieser großartigen und bewährten Institution besser kennenlernen, die mit

vollem Recht von sich sagen kann, daß sie die Ökumenische Bewegung hervorgebracht und ihr einen Siegeszug in der Christenheit bereitet hat, bis hin zu der Bereitschaft des Konzils, diesem kirchengeschichtlichen Phänomen Rechnung zu tragen. Es ist nun aber nötig, auch darüber zu berichten, daß die negative Entscheidung von Odessa gegenüber dem katholischen, insbesondere dem päpstlichen Ökumenismus nicht ganz unangefochten ist.

„Das ökumenische Dilemma der Protestanten“

„The Christian Century“, eine der führenden Wochenschriften des nordamerikanischen Protestantismus, bekannt durch den Mut, auch unangenehme Fragen aufzuwerfen, bringt in der Ausgabe vom 11. März 1964, also vier Wochen nach der Veröffentlichung der Botschaft von Odessa, drei Beiträge aus der Feder bewährter und angesehener Ökumenisten über „Das ökumenische Dilemma der Protestanten“. Man darf wohl sagen, daß diese konzentrierten Stellungnahmen im guten Sinne erregend sind, zumal wenn man bedenkt, daß immer noch gut zwei Drittel der finanziellen Aufwendungen für den Weltrat aus den Gemeinschaften der USA stammen. Die ersten beiden Verfasser sind ausgesprochene „Insider“ des Weltrates, in dessen Leitungsgremien sie wichtige Jahre ihres Lebens aktiv verbracht haben.

Beim Studium dieser Urteile sollten wir uns allerdings der Meinung enthalten, als seien diese Krisenzeichen ein Beweis dafür, daß die Protestanten den Ruf zur „Rückkehr“ befolgen wollten. Im Gegenteil, es geht hier darum, der ökumenischen Sendung des Weltrates aus dem protestantischen Erbe einen neuen Impuls zu geben.

Alle drei Autoren gehen aus von dem umwälzenden Ereignis der Begegnung von Papst Paul VI. mit dem Ökumenischen Patriarchen Athenagoras I. in Jerusalem und fordern, daß man durchgreifende Folgerungen daraus ziehe. Daß die Protestanten bei dieser Begegnung nicht anwesend waren, habe geradezu symbolischen Charakter, so beginnt Walter D. Wagoner, Exekutivdirektor der Stiftung für theologische Ausbildung, seinen Beitrag über die gegenwärtige ökumenische Lage. Sie verlange angesichts der unglücklichen Stellung, in die der Protestantismus geraten sei, eine ehrliche Selbstprüfung, zumal da sich der Weltrat der Kirchen in einer zweideutigen Position finde, die ihn immer mehr mit Protokollfragen angesichts des gewichtigen Ekklesiastizismus von Rom und der Orthodoxie beschäftige, so daß er sich langsam, aber sicher auf dem kirchlichen Spektrum „nach rechts“ bewege. Die amerikanischen Protestanten müßten daher Sorge tragen, die ökumenische Führung für den Protestantismus zurückzugewinnen, die unbelastet von der begrüßenswerten Gegenwart des römischen Katholizismus und der Orthodoxie bleibe. Die hierarchischen und klerikalen Konzeptionen Roms und Konstantinopels dürften nicht die Herrschaft über die Ökumenische Bewegung erhalten. Das Querfeldeinlaufen der bisherigen ökumenischen Strategie sei in eine Sackgasse geraten.

Wagoner vertritt drei Überzeugungen: Man dürfe zwar nicht einem ökumenischen Gaullismus verfallen, müsse aber doch der Tatsache Rechnung tragen, daß die Ökumenizität des Weltrates nur begrenzt sei. Man müsse ihn schätzen, aber nicht vergötzen. Das wird nicht ausdrücklich gegen das Gutachten des Generalsekretärs Dr. Visser 't Hooft über das Wesen des Weltrates der Kirchen gesagt, das seine eigene ekklesiale Bedeutung erkennen möchte. Es läuft zur Zeit bei den Mitgliedskirchen um und hat vermutlich

auch die hier berichteten Voten provoziert (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 72 f.). Sodann sollten die Protestanten, besonders die Amerikaner, etwas stärker auftreten als bisher und nicht vor „Bischöfsbärten“ erschrecken. Und drittens müsse der amerikanische Protestantismus seine eigene Struktur in nationalem Rahmen ausbauen. Dazu sei der Nationalrat der Kirchen Christi weniger geeignet, besser sei die US-Konferenz für den Weltrat der Kirchen, in der nur Mitglieder des Weltrates sitzen, aber man habe leider ihre Entwicklung behindert. Diese Vorschläge zielen darauf ab, eine „Panprotestantische konziliare Bewegung“ zu entfalten, die sowohl innerhalb wie außerhalb des Weltrates wirksam ist, um dem wachsenden Gewicht von Rom und Konstantinopel zu begegnen. Maßgebend müsse als Zielsetzung das Dokument von Neu-Delhi sein über „Das Wesen der Einheit, die wir suchen“. Dieser Panprotestantismus sollte auch die starke Gruppe der Südbaptisten einbeziehen, die dem Weltrat der Kirchen ferngeblieben sind.

Umwandlung des Weltrates in eine Repräsentation aller Kirchen

Ganz anders lautet das Votum von Keith Bridston, der Faith and Order nahesteht und heute Professor der lutherischen Fakultät in Berkeley, Kalifornien, ist. Auch er wünscht, daß man aus dem „phänomenalen Erfolg der Ökumenischen Bewegung“, dem Treffen von Papst und Patriarch in Jerusalem, die Folgerungen zieht. Immerhin sei diese Begegnung ebenso wie das Zweite Vatikanische Konzil für unsere Generation das höchste Symbol einer erfolgreichen ökumenischen Diplomatie. Die persönliche Tat Papst Pauls VI. bedeute nicht notwendig, daß der konziliare Weg aufgegeben werde, aber sie sei offensichtlich eine hochbedeutsame Ergänzung des Konzils und könnte eine Revision seines Verfahrens sein. Es stünden jetzt dem Weltrat der Kirchen nur noch zwei Wege offen, die beide radikale Änderungen verlangen. Bridston ist für den zweiten der vorgeschlagenen Wege, meint aber, daß sie beide gleichzeitig begangen werden sollten.

Der erste Weg sollte dazu führen, den Weltrat der Kirchen in eine Körperschaft umzuwandeln, die wahrhaft repräsentativ für alle Kirchen ist, soweit sie sich der Ökumenischen Bewegung verpflichtet wissen. Die Führer des Weltrates sollten daher mit allen kirchlichen Autoritäten, besonders mit römischen Katholiken, über eine Formel verhandeln und einen Organisationsplan ausarbeiten, wie eine neue Körperschaft gegründet werden könnte, die nicht nur wie bisher in der Theorie, sondern in Wirklichkeit ein Weltrat der Kirchen sei. So wie die Dinge heute liegen, sei durch das Gespräch zwischen Rom und der Orthodoxie der Weltrat in einer anachronistischen und unlogischen Verfassung, die seine Bedeutung als ökumenisches Symbol sehr reduziere und seine Handlungsfreiheit lähme. Das habe sich auch auf der Weltkonferenz von Faith and Order in Montreal 1963 gezeigt.

Der zweite Weg würde darin bestehen, daß der Weltrat seine konziliaren und diplomatischen Präntentionen aufgibt und es den einzelnen Mitgliedskirchen freistellt, daß jede mit ihren eigenen Mitteln und Chancen ökumenische Zusammenschlüsse fördert. „Laßt doch die Führer der Kirchen und der konfessionellen Weltbünde auf den Ölberg gehen und sich nach Herzenslust die Hände schütteln und sich umarmen. Und laßt doch zu, daß Schritte getan werden, damit das Dritte Vatikanum eine so ökumenische Repräsentation wird, wie menschliche Kunst und

kirchliche Politik sie machen können...“ Allerdings müsse man sich dann der „sklerotischen und bürokratischen Art einer konservativen und klerikalen Kurienklie im Generalsekretariat“ entledigen und sich befreien von falschen und pompösen institutionellen Präentionen. Ein neuer Weltrat sollte für das ganze ökumenische Spektrum von den Pfingstlern bis zu den Römern repräsentativ sein, nicht in einer förmlichen und parlamentarischen Weise, sondern durch „prophetische, phantasiebegabte, originale und selbst ‚häretische‘ Einzelne“, die dem Weg des Heiligen Geistes folgen. Bridston sieht einen Anfang dazu in der freien Form des Zusammenseins der ökumenischen Konzilsbeobachter mit den Konzilsvätern. Gehe man nicht diesen Weg, so sei der ganze Aufwand, den der Weltrat bisher geleistet habe, verloren, andernfalls aber würden die eindrucksvollen konziliaren und diplomatischen Initiativen von Rom und Konstantinopel ganz von selbst zu nichts werden.

Ein anglikanischer Vorschlag

Der dritte Vorschlag zur Änderung des ökumenischen Verfahrens stammt von dem englischen Anglikaner William Nicholls, der sich vor Jahren durch sein Buch „Ecumenism and Catholicism“ einen Namen gemacht hat. Er kommt wie die meisten ökumenischen Pioniere aus dem Christlichen Studentenweltbund und lehrt heute Theologie an der Universität von British-Kolumbien in Vancouver. Auch er geht davon aus, „das Erscheinen dieser mächtigen und alten Partner auf der Szene des Dialogs muß bedeuten, daß sie neue Rechte erworben haben, um Form und Inhalt des Dialogs zu bestimmen“. Viele Anglikaner fühlten sich dadurch befreit, daß die Unionsgespräche auf eine viel breitere Basis gestellt würden. Gewiß erscheine der Anglikanismus mit seinen vielen Spannungen auf diesem Hintergrund bedeutender, als er eigentlich ist. Man habe ja bisher die katholische Seite der Anglikaner doch wohl etwas überbetont. Im Unterschied von Rom und der Orthodoxie würden die Bande zu den protestantischen Brüdern deutlicher werden. Der Augenblick, um mit den beiden Giganten zu verhandeln, sei noch nicht gekommen. Man solle ruhig in den Unionsverhandlungen mit verwandten protestantischen Gemeinschaften fortfahren, um so eher würden sich die katholischen Türen öffnen. Aber man sollte auch nicht meinen, daß Unionen mit Protestanten das Ende des Weges seien.

Nicholls meint, die Anglikaner brauchten „offene Unionen“, nicht Pläne, die jedes Problem lösen, sondern provisorische Körperschaften mit der innewohnenden Tendenz zu weiteren Unionen. Leider habe sich der Weltrat der Kirchen niemals als geeignetes Medium zur Erleichterung von kirchlichen Unionen erwiesen, z. T. weil die Kirchen nicht wollten, daß er diese Rolle spiele. „Wir sollten der Tatsache ins Auge sehen, daß der Weltrat es niemals fertiggebracht hat, die ganze Ökumenische Bewegung in sich zu umfassen, und er hätte nie meinen sollen, daß er das tun solle.“ Man solle verhindern, daß der Weltrat zur Plattform für Diplomaten wird, die kein Feuer im Leibe haben und keine Kraft daran verschwenden, daß der Weltrat jede mögliche ökumenische Aufgabe lösen sollte. „Wenn etwas zu tun ist, so laßt es uns in jedem Falle tun, mit oder ohne den Weltrat der Kirchen. Die begrenzte Rolle des Weltrates anzuerkennen und bewußt außerhalb seines Rahmens ökumenisch zu handeln, könnte der Ökumenischen Bewegung etwas von ihren ursprünglichen Kennzeichen wiedergeben...“, denn sie ist letztlich

eine Bewegung des Geistes... Der Weltrat sollte durch die Spontaneität des Geistes herausgefordert werden.“

Wenn man diese verschiedenen Stimmen aus verschiedenen konfessionellen Lagern überdenkt, die nicht von kirchenpolitischen Hitzköpfen veröffentlicht wurden, so dürfte eine zuverlässige Bewertung schwer sein. Vielleicht ist es der Anfang einer Rebellion gegen das Generalsekretariat in Genf. Wäre es das, dann würde eine gesunde Opposition dabei herauskommen, die zur Entwicklung jeder lebensfähigen Institution gehört. Mit Sicherheit kann man vorerst nur sagen, daß die ökumenische Diplomatie von Papst Paul VI. etwas in Bewegung gebracht hat, wenn auch nicht in Richtung auf den „römischen Schafstall“. Andererseits erscheint die Einladung der Botschaft von Odessa, dem „ökumenischen Schafstall“ beizutreten, wie Albert Finet sie interpretiert hat, doch als etwas zu einfach gedacht. Man wird noch einige Zeit warten müssen, in welcher Richtung sich der Weltrat der Kirchen entwickelt, ehe man auf eine solche Einladung reagieren kann.

Solidarität der Westchristen mit den russischen Christen

Bereits im März 1959 machte die Herder-Korrespondenz auf ein neues Kesseltreiben gegen die Russische Kirche aufmerksam. Schon damals ließen viele Anzeichen deutlich erkennen, daß sich die Sowjetführung unter Chruschtschow anschickte, „die Machtgesetze gegen die Kirche wieder in Kraft zu setzen“. Die Verbundenheit der westlichen Christen mit der verfolgten Russischen Kirche mußte sich auf zweierlei Art zeigen. Während verantwortliche Stellen der Ökumenischen Bewegung weitgehend schweigen mußten, um die Annäherung der Russischen Kirche an den Weltrat der Kirchen und die daraus für sie erhoffte Rücken- deckung nicht zu gefährden, mußten dort, wo derartige Rücksichten nicht geboten waren, die Dinge beim wahren Namen genannt werden, um die Weltöffentlichkeit auf die größte Kirchenverfolgung der Neuzeit aufmerksam zu machen. „Wenn nicht alles täuscht, droht Rußland erneut die Nacht der Religionsverfolgung“ (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 214). Unablässig wurden seitdem an dieser Stelle Fakten und Tendenzen gemeldet, die diese düstere Prognose belegen.

Inzwischen mehren sich die Anzeichen besserer Information und wachsender Solidarität mit den russischen Christen, und namhafte Vertreter des öffentlichen Lebens erheben ihre Stimme gegen die an finsterste Zeiten gemahnenden Maßnahmen der Sowjets gegen die Gläubigen und die Kirche. Ein Aufruf an die Weltöffentlichkeit, gegen die zunehmende Christenverfolgung in der Sowjetunion zu protestieren, war schon im Januar von London aus ergangen. Während einer orthodoxen Wasserweihe, die im Zusammenhang mit einem von Katholiken und Protestanten verschiedener Denominationen veranstalteten Treffen für christliche Einheit stattfand, sprach der emigrierte russische Erzpriester Vladimir Rodzianko (von der serbischen orthodoxen Kirche in London) über die Lage in der Sowjetunion. Er erwähnte Einzelheiten der Religionsverfolgung, die einem Dokument zu entnehmen sind, das britischen Touristen in der Sowjetunion in die Hände gespielt wurde, und appellierte an die Vereinten Nationen, die Frage der Religionsfreiheit erneut zu prüfen. „Wir Orthodoxen... appellieren an unsere Patriarchen und Bischöfe, an den Heiligen Vater von Rom und

alle seine Bischöfe in der Welt, an unseren Gastgeber hier, den Erzbischof von Canterbury, und an alle anglikanischen Bischöfe in der Welt, an alle Bischöfe und Geistlichen anderer Kirchen, an den Weltrat der Kirchen: Laßt uns alle mit diesem gemeinsamen Einstehen für unsere leidenden Brüder unsere christliche Einheit zeigen.“ Es sei ein Paradoxon, daß die Orthodoxen für die Wasserweihe, die man soeben in voller Freiheit an dem Fluß eines westlichen Landes vorgenommen habe, in den eigentlich orthodoxen Ländern verfolgt würden (NCWC News Service, 18. 1. 64).

Solidaritätskundgebung in Paris

Am 11. März 1964 bezeugten 3000 Christen im Pariser Palais de la Mutualité auf einer Versammlung für ökumenische Solidarität ihre Verbundenheit mit den russischen Christen. Die Initiative war von einem Komitee ausgegangen, das sich unter Vorsitz des Schriftstellers François Mauriac aus Katholiken, Protestanten und Orthodoxen konstituiert hatte und mit dieser Veranstaltung eine Aktion zur Information der Weltöffentlichkeit begann, die den Christen in der Sowjetunion, wo man die westlichen Reaktionen genau verfolgt, Trost und Erleichterung bringen soll. Jean-Marie Domenach (Direktor der Zeitschrift „Esprit“) bezeichnete die Freiheit der Religion als den Testfall für wahren Frieden und Koexistenz. François Mauriac ließ keinen Zweifel daran, daß es bei der gegenwärtigen Verfolgungswelle in Rußland um die totale Zerstörung der Kirche gehe. Während des Todeskampfes Christi in Moskau, von wo der Schrei des ans Kreuz Geschlagenen bis nach Paris schalle, dürfe man nicht schlafen. Der französische Orthodoxe Olivier Clément entwarf ein düsteres Bild von der Lage der verfolgten Russischen Kirche und zitierte ausführlich einen Brief, in dem der Florentiner Bürgermeister La Pira Chruschtschow auffordert, Rußland vom „Kadaver des Atheismus“, des Erbteils der

Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts und Ausdrucks des Stalinismus, eines Hindernisses für Fortschritt, Frieden und Völkerfreundschaft, zu befreien. Jean Daniélou SJ betonte, daß gerade die einfachen Menschen, die Armen und Kinder unter den Glaubensverfolgungen zu leiden hätten. Nichts sei verwerflicher, als den Glauben dieser Geringsten und der Kinder anzutasten. Angesichts der politischen Loyalität und des Patriotismus der russischen Christen könne ihre heutige Verfolgung nicht einmal mit einem Schein des Rechts gerechtfertigt werden. Der protestantische Pastor Finet (Herausgeber von „Réforme“) versicherte die russischen Christen des Mitleidens der französischen Protestanten, die aus der Erfahrung früherer Zeiten wüßten, welche Mittel ein Regime anwende, wenn es den Kampf gegen geistige Realitäten führt.

Alle Reden ließen spüren, daß man sich der ökumenischen Mitverantwortung für das Schicksal der verfolgten russischen Christen in weiten Kreisen bewußt geworden ist. Die französischen Christen sagten, die Wunden, die der Orthodoxen Kirche in Rußland geschlagen werden, empfänden sie als Wunden an ihrem eigenen Leib. Wenn ein Glied am Leibe Christi leidet, leide der ganze Leib, und dieser Leib seien wir alle, rief François Mauriac aus, indem er auf das Werden der großen ökumenischen Einheit auf dem Römischen Konzil hinwies.

Von keiner Seite wurden Versuche gemacht, Töne politischen Protests anzuschlagen. Die Pariser russische Emigrantenpresse vermerkte besonders die Atmosphäre innerer Sammlung, des Ernstes und der Feierlichkeit, die auf dieser Versammlung lag, die sich aus Vertretern der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen zusammensetzte.

In schweigender Bewegung hörte man zum Schluß stehend eine Aufnahme des vom gläubigen Volk in einer Moskauer Kathedrale gesungenen Glaubensbekenntnisses.

Die Stimme des Papstes

Die Osterbotschaft 1964

Am Ostersonntag um 12.30 Uhr richtete Papst Paul VI. von der äußeren Loggia von St. Peter aus seine erste Osterbotschaft an die Welt. Vorher hatte der Papst auf dem Petersplatz eine Messe für etwa 200 000 Römer, Pilger und Touristen aus aller Welt zelebriert. Wir geben den Wortlaut der Osterbotschaft in eigener Übersetzung wieder. Der italienische Text wurde im „Osservatore Romano“ (31. 3./1. 4. 64) veröffentlicht.

Brüder und Söhne aus Rom und der Welt!

Wieder erklinge im Lauf der Jahrhunderte im Angesicht der Erde, in diesem Gnadenjahr 1964, dem dritten des Zweiten Vatikanischen Ökumenischen Konzils, in dieser Stadt, dem Zeichen der Begegnung zwischen menschlicher Kultur und göttlichem Heilsplan in der Welt, der mächtige und beseligende Ruf: Christus ist auferstanden!

Jener Jesus, der zu Bethlehem aus Maria der Jungfrau geboren wurde, vorausverkündet von den Propheten, der gelehrt inmitten des israelitischen Volkes, der von einigen anerkannt und geliebt, von vielen abgelehnt und dann verstoßen, verurteilt, gekreuzigt wurde, der starb und begraben wurde, dieser Jesus ist wahrhaft auferstanden

am Morgen des dritten Tages, hat ein neues, wahres, übernatürliches Leben begonnen, indem er für immer den großen Feind, den Tod, besiegt hat. Er ist auferstanden!

Wie können wir dieser Nachricht in der Welt ein Echo verschaffen?

Brüder und Söhne: Hört zu. Wir sind die Zeugen dieses Ereignisses. Wir sind die Stimme, die Jahr für Jahr fortklingt in der Geschichte, wir sind die Stimme, die sich in immer weiteren Kreisen über die Welt verbreitet, wir sind die Stimme, die das unwiderlegbare Zeugnis derer wiederholt, die ihn mit eigenen Augen gesehen und ihn mit ihren Händen berührt, die die Neuheit und Wirklichkeit des Ereignisses, das alle gängigen Vorstellungen der natürlichen Erfahrung übersteigt, vernommen haben. Wir sind die Überbringer der Lebensbotschaft von der Auferstehung Christi, von der einen Generation zur anderen, vom einen Volk zum anderen. Wir sind die Stimme der Kirche, die dazu gegründet, dazu in der Menschheit verbreitet wurde, die deshalb kämpft, lebt und hofft und die dafür bereit ist, das eigene Wort mit ihrem eigenen Blut zu besiegeln. Es ist die Botschaft des Glaubens, die wie eine Engelstrompete heute noch im Himmel und auf der Erde erklingt: Er ist erstanden, Christus ist auferstanden!